

Stellvertreterkrieg 26.05.2009



MOGADISCHU/BERLIN (Eigener Bericht) - Debatten um eine Ausweitung der westlichen Intervention in Somalia begleiten die deutschen Marineoperationen am Horn von Afrika. Verschiedene Eskalationsvarianten stehen zur Diskussion, darunter eine See- und Luftblockade des Landes sowie ein Blauhelmeinsatz der Vereinten Nationen. Hintergrund ist die Zuspitzung der Kämpfe in Mogadishu. Die aktuelle dortige Regierung, die dem Westen gegenüber aufgeschlossen ist, wird von antiwestlichen Milizen bedroht und steht gegenwärtig vor dem Scheitern. Washington revidiert zur Zeit seine Somalia-Strategie; mit abschließenden Ergebnissen und darauf folgenden Maßnahmen der westlichen Staaten wird innerhalb der nächsten zwei Monate gerechnet. Die Bundesregierung solle sich nicht auf eine Landintervention in Somalia einlassen, sondern stattdessen die Überwachung der See intensivieren, um den Waffennachschub der antiwestlichen Milizen zu unterbinden, raten Experten in Berlin. Weil der Krieg in Somalia sich immer mehr zum Stellvertreterkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea entwickle, könne die Bundesregierung sich zudem als "Mittler" zwischen den beiden verfeindeten Staaten profilieren. Deutschland würde damit seine Stellung stärken - als Ordnungsmacht in Ostafrika.

Scharia

In der somalischen Hauptstadt Mogadishu sind diesen Monat die Kämpfe zwischen der Übergangsregierung und aufständischen Milizen neu entflammt.[1] Auf beiden Seiten kämpfen Islamisten. Der derzeitige, vom Westen unterstützte Präsident Sheikh Sharif Sheikh Ahmed hat erst kürzlich die Scharia verbindlich zum gültigen Recht in Somalia erklärt. Seine Gegner werfen ihm jedoch vor, vom Westen abhängig zu sein und dessen politische Pläne zu erfüllen. Unterschiedliche Fraktionen machen gegen ihn mobil, unter anderem die Miliz der "Shabab", die von ihren Gegnern als Pendant zu den afghanischen Taliban beschrieben wird. Die neuen Kämpfe haben mittlerweile zahlreiche Todesopfer gefordert und zu einer neuen Massenflucht aus der somalischen Hauptstadt geführt. Die Regierung hat die Kontrolle über weite Teile der Stadt verloren und steht vor dem Scheitern.

Interventions-Varianten

Wegen der drohenden Niederlage in Mogadishu werden nun Forderungen nach einer Ausweitung der westlichen Intervention in Somalia laut. Die Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrats debattieren mittlerweile über einen möglichen Blauhelmeinsatz; "die Frage einer Uno-Friedensmission" bleibe "auf dem Tisch", erklärt der britische Botschafter bei den Vereinten Nationen.[2] Auch Kampfeinsätze auf somalischem Boden sind im Gespräch, zumal sie - jedenfalls zur Verfolgung von Piraten - bereits jetzt vom Anti-Piraten-Mandat der UNO gedeckt wären.[3] Die Mitgliedstaaten des ostafrikanischen Bündnisses IGAD ("Intergovernmental Authority on Development" [4]) sind am letzten Wochenende mit der Forderung hervorgetreten, die Grenzen Somalias müssten per See- und Luftblockade gegen unerwünschte Waffenlieferungen abgeschottet werden. Es ist schwer vorstellbar, dass eine solche Forderung ohne vorherige Absprache mit einflussreichen Kräften im Westen erhoben worden wäre.

Mit U-Booten gegen Piraten

Mit einer Entscheidung über das zukünftige Vorgehen wird spätestens im Laufe der kommenden zwei Monate gerechnet. Washington revidiert zur Zeit seine Somalia-Strategie; wie der Assistant Secretary of State for African Affairs, Johnnie Carson, mitteilt, ist mit einem Abschluss der Arbeiten "in den nächsten 30 bis 60 Tagen" zu rechnen.[5] Berlin nutzt die Zeit, um die EU-Marineintervention vor der Küste Somalias voranzutreiben. Vergangene Woche haben die EU-Verteidigungsminister beschlossen, das Mandatsgebiet noch weiter auszudehnen - bis unmittelbar vor die Seychellen. Zudem haben sie sich geeinigt, die Operationen auch im nächsten Jahr weiterzuführen. Wie aus Berichten in der deutschen Militärpresse hervorgeht, wird auch der Einsatz von U-Booten zur "Piratenbekämpfung" nicht prinzipiell ausgeschlossen. U-Boote könnten missliebige Handlungen "unentdeckt" beobachten und würden schon heute zum "Kampf gegen Verbrechen" und "Schmuggel" eingesetzt, heißt es in der Fachpublizistik.[6]

Äthiopien gegen Eritrea

Berliner Regierungsberater plädieren dafür, von eigenen Militärinterventionen auf somalischem Boden nach Möglichkeit abzusehen. Hintergrund ist, dass der Krieg in Somalia immer erkennbarer den Charakter eines Stellvertreterkonflikts trägt. Tatsächlich hat Äthiopien, das von Ende 2006 bis Anfang 2009 Truppen zur Stabilisierung der vom Westen eingesetzten "Übergangsregierung" in den Nachbarstaat entsandt hatte [7], erst vor wenigen Tagen erneut Soldaten in Somalia stationiert. "Die Äthiopier", berichtet die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), "rekrutieren und bewaffnen derzeit verschiedene Clanmilizen, die gegen die Shabab vorgehen sollen." [8] Die "Shabab" ihrerseits werden der SWP zufolge "vorwiegend von Eritrea unterstützt". "Äthiopien und Eritrea bekriegen sich nicht nur an der gemeinsamen Grenze, sondern auch durch Stellvertreter in Somalia", urteilt die SWP: "Ohne eine Einigung der Regierungen dieser beiden Staaten ist langfristig keine Stabilisierung in Somalia zu erreichen."

Nicht neutral

Die SWP schlägt daher vor, die Bundesregierung könne sich als "Mittler" zwischen Äthiopien und Eritrea positionieren und offen als Ordnungsmacht in Ostafrika auftreten; schließlich habe sie "Zugang zu beiden Regierungen" und werde "als neutraler Akteur wahrgenommen". [9] Zumindest Letzteres muss stark bezweifelt werden. Im Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea, die in Somalia einen Stellvertreterkrieg führen, ist Deutschland gemeinsam mit den übrigen westlichen Staaten selbst Partei: Berlin arbeitet außerordentlich eng mit Äthiopien zusammen. [10] Eritrea hingegen hat sich in der letzten Zeit Iran stark angenähert und ist einer langfristigen Kooperation mit Teheran nicht abgeneigt. [11] Der Krieg in Somalia offenbart sich damit als Stellvertreterkrieg höheren Grades: Nicht nur zwischen Äthiopien und Eritrea, sondern zwischen den westlichen Staaten, darunter Deutschland, auf der einen Seite sowie antiwestlichen Kräften, darunter womöglich auch Iran, auf der anderen.

[1] Michael A. Weinstein: The Battle for Mogadishu - Round One, 18.05.2009

[2] Uno-Sicherheitsrat denkt über Friedenstruppe für Somalia nach; Spiegel Online 17.05.2009

[3] s. dazu [Aufmarsch vor Somalia](#)

[4] Zu IGAD gehören: Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan, Uganda. Die Mitgliedschaft Eritreas wurde im Jahr 2007 suspendiert.

[5] U.S. Conducting High-Level Strategic Review of Somalia Strategy; www.america.gov 21.05.2009

[6] Peter Hauschildt: U-Boote in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld; Strategie und Technik, Mai 2009

[7] s. dazu [Interessen der Supermächte](#), [Ordnungsmächte](#) und [Militär für Afrika \(I\)](#)

[8], [9] Annette Weber: Politischer Umbruch in Somalia; SWP-Aktuell 5, Januar 2009

[10] s. dazu [Schlüsselpositionen](#), [Governance-Aspekte](#) und [Menschenrechte in Afrika \(I\)](#)

[11] Ahmadinejad: No limits to Iran-Eritrea ties; presstv.ir 20.05.2009

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com